

2. Strategien im Umgang mit Jugendgewalt

Antrag des Regierungsrates vom 28. März 2023 und Antrag der KJS Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit vom 16. November 2023

KR-Nr. 143/2021

Daniel Wäfler (SVP, Gossau), Präsident der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS): Die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit, KJS, beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat von Dieter Kläy und Mitunterzeichnenden betreffend Strategie im Umgang mit Jugendgewalt als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat sollte gemäss Postulat darlegen, mit welchen Strategien er der wachsenden Jugendgewalt im Kanton begegnen will. In seinem Bericht zeigte er auf, dass die Jugendgewalt in den Jahren 2016 bis 2021 angestiegen ist, 2022 jedoch stagnierte beziehungsweise leicht rückläufig war. Bestehende Massnahmen im Bereich der Prävention, Repression und Intervention in der Zusammenarbeit mit dem Bildungsbereich der Kantonspolizei und der Jugendstrafrechtspflege werden weitergeführt und laufend den aktuellen Bedingungen und Bedürfnissen angepasst. Ziel ist es, dass auch in Zukunft rasch und direktionsübergreifend auf Gewalttaten Jugendlicher reagiert werden kann. In diesem Sinne beantragt Ihnen die KJS, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Als Kommissionspräsident möchte ich persönlich hinzufügen, dass es ein sehr brisantes und gesellschaftlich relevantes Thema ist, wo auch die Zahlen von 2023 akribisch analysiert werden müssen und wo wir dranbleiben müssen. In diesem Sinne vielen Dank an die beteiligten Institutionen im Bereich Prävention und der Eindämmung von Jugendgewalt, auch den Postulanten für das Aufwerfen dieses wichtigen Themas, mit dem sich die Kommission befassen konnte und Ihnen nun diesen Antrag zur Abschreibung vorlegen kann. Vielen Dank.

Dieter Kläy (FDP, Winterthur): Als Postulant möchte ich ganz herzlich dem Regierungsrat und den zuständigen Stellen für diese ausführliche Auslegeordnung danken. Sie ist sehr aufschlussreich und gibt einen guten Überblick über die Massnahmen der vergangenen Jahre.

Als wir 2021 dieses Postulat lancierten, ging es uns primär um zwei Dinge: Erstens, einen aktualisierten Bericht zu kriegen, mit dem der Regierungsrat seine Strategien aufzeigen kann, wie er der wachsenden Jugendgewalt im Kanton Zürich begegnen will. Zweitens schwang damals natürlich auch noch die Coronapandemie mit. Ich denke aber, sie hat diesbezüglich keinen oder wenig Einfluss gehabt. Es ist ganz wichtig, dass die Entwicklung der Jugendgewalt permanent weiterverfolgt wird. Es soll nicht mit diesem Postulat und dieser Diskussion getan sein, sondern das Thema muss weiterentwickelt und beurteilt werden.

Die Strategie, präventive und repressive Massnahmen miteinander zu verknüpfen, scheint uns richtig und zielführend. Es mag natürlich immer auch mit dem Anzeigeverhalten zusammenhängen, das nach Zeit und Phase unterschiedlich sein kann.

Doch dieses Argument allein genügt nicht. Eine deutliche Zunahme bei den Delikten gegen sexuelle Integrität, Diebstahl, geringfügiger Diebstahl, Sachbeschädigungen muss uns ebenso nachdenklich machen genauso wie die Tatsache, dass das Durchschnittsalter der Beschuldigten zum Tatzeitpunkt tendenziell zunehmend tiefer liegt. Wir haben immer mehr 13- bis 15-jährige beschuldigte Jugendliche, die delinquieren. Es gibt keine monokausalen Erklärungen. Deshalb scheint uns auch die Strategie des Regierungsrats richtig, an verschiedenen Punkten anzusetzen, in der Schule, im Bildungsbereich, mit Jugend-Interventions-Programmen und bei der Verfolgung der Straftaten. Bei der Verfolgung der Straftaten ist es vor allem wichtig, dass frühzeitig interveniert wird, sodass diese Intervention tatsächlich einen Nutzen hat und Erkenntnisse mit sich bringt. Wir schreiben das Postulat ab. Besten Dank.

Beatrix Stüssi (SP, Niederhasli): Die Postulanten haben die Regierung eingeladen, in einem aktualisierten Bericht aufzuzeigen, mit welchen Strategien sie der wachsenden Jugendgewalt begegnen will.

Im Bericht und bei der Erörterung in der Kommission zeigte sich, dass sich hinter den statistischen Zahlen nicht immer wirkliche Gewaltakte verstecken, weil zum Beispiel Schwarzfahren ebenfalls als Gewaltakt erfasst wird, wodurch die Statistik an Aussage verliert und eventuell korrigiert werden sollte. Zudem hat sich gezeigt, dass ohne klar vorliegende Gründe immer wieder ein Jahrgang überdurchschnittlich gewalttätig unterwegs ist, was sich als Wellenbewegung in der Statistik niederschlägt. Die Regierung wird dranbleiben, setzt dabei vor allem auf Prävention, wird aber auch Massnahmen, Intervention und Repression weiterführen und wo nötig, prüfen und aktualisieren. Die SP wird der Abschreibung ohne zusätzlichen Bericht zustimmen.

Silvia Rigoni (Grüne, Zürich): Aufgrund des Postulats wurde die Jugendgewalt im Kanton Zürich analysiert. Vielen Dank an die Behörden für den umfassenden Bericht.

Fazit ist, dass im Kanton Zürich das Thema Jugendgewalt sehr ernst zu nehmen ist. Die Zahlen sind gestiegen. Eine kleine Stagnation 2022 ist eventuell nur vorübergehend. Die Täterinnen und Täter – es sind zu 90 Prozent Männer – werden eher jünger. Alles in allem ist die Situation sehr ernst. Der Bericht zeigt auf, dass neben Repression vor allem auf Intervention wie Massnahmen, zum Beispiel Schutz, Schulung, Unterstützung, aber auch auf gemeinnützige Arbeit gesetzt wird. Das ist sinnvoll. Das führt dazu, dass die Schweiz europaweit generell eine der tiefsten Quoten der Jugendkriminalität hat.

Aus Sicht der Grünen können wir aber deutlich mehr in die allgemeine Prävention investieren. Ursache für Jugendgewalt sind häufig Gewalterfahrungen in der Familie. So erachten wir zum Beispiel das Recht auf eine gewaltfreie Erziehung, also das Verbot, Kinder in der Familie zu schlagen, als eine wichtige präventive Massnahme. Wir hoffen, dass der entsprechende Gesetzgebungsprozess auf Bundesebene mit dieser Zielsetzung gut vorankommt.

Jugendgewalt beurteilen wir Grünen auch als ein deutliches Signal auf schwierige Lebensumstände wie wenig Perspektive, mangelnde Integration und prekäre finanzielle Verhältnisse. Hier können wir mit ausländerrechtlichen und sozialpolitischen Massnahmen einen wichtigen Beitrag zur Prävention leisten. Immer wieder müssen wir feststellen, dass es um die psychische Gesundheit der Jugendlichen in der Schweiz und auch im Kanton Zürich nicht gut steht und wir bei dieser spezifischen Gesundheitsversorgung ungenügend aufgestellt sind. Für die Prävention gegen Jugendgewalt lohnt es sich, hier ausreichend Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Die Grünen sind mit der Abschreibung des Postulats einverstanden.

Tobias Mani (EVP, Wädenswil): 2009 bis 2014 war die Gewaltdelinquenz bei den Jugendlichen rückläufig. Mit Ernüchterung musste der Regierungsrat 2021 feststellen, dass die Jugendgewalt wieder angestiegen ist von 2016 bis 2021. Haben all die weiteren Bemühungen nicht den erwartenden Erfolg gebracht? Oder hat man nach dem Rückgang der Gewaltdelinquenz die Hände ein bisschen in den Schoss gelegt?

Als EVP-Fraktion sagen wir nein, denn nicht nur der Bericht des Regierungsrats zeigt auf, dass an vielen Stellen wohlüberlegt und mit Strategie vieles gemacht und vernetzt gearbeitet wurde. Dies ist permanent ein Thema und wird regelmässig analysiert. Der Schluss liegt nahe, dass es ohne diesen grossen Effort – man denke an die Jugendanwaltschaft, den Bildungsbereich und die Polizeiarbeit – anders herausgekommen wäre. Doch ein Vergleich ist selbstredend nicht möglich. Und vergessen wir nicht, auch wenn dies kein Trost ist und die Gewaltdelinquenz definitiv zu hoch ist, stehen wir, verglichen mit anderen Gegenden in dieser Welt, bei diesem traurigen und schwierigen Thema im Kanton Zürich gut da. So oder anders wird uns die Jugendgewalt, die Gesellschaft und die Behörden weiterhin stark beschäftigen. Wir dürfen nicht resignieren oder gar die Augen verschliessen. Das FDP-Postulat legt den Schluss nahe, dass ein zielgerichteter aufgabenorientierter Ausbau mit entsprechenden personellen Mitteln ins Auge gefasst werden muss. Dem werden wir uns als EVP – hoffentlich zusammen mit der FDP und den übrigen Parteien – nicht verschliessen, denn hier an Ressourcen zu sparen, zahlt sich langfristig definitiv nicht aus.

Zu einem sehr wichtigen Punkt wurde im Bericht nicht viel gesagt. Für eine nachhaltige Jugendstrafrechtspflege ist es zentral, dass die im Einzelfall nötigen Betreuungsangebote für Jugendliche bereitstehen und zeitnah in Anspruch genommen werden können. Es gibt nicht nur kantonale, sondern auch in Zusammenarbeit mit anderen Kantonen nicht genügend entsprechende Angebote, auch fehlt es massiv an freien Plätzen. Dabei ist vor allem an geschlossene oder halboffene Plätze für männliche Jugendliche unter 16 Jahren mit schweren Delikten und hoher Rückfallgefahr zu denken, aber auch an geschlossene oder halboffene Plätze für weibliche Jugendliche mit schweren Delikten und hoher Rückfallgefahr und drittens geschlossene Plätze für Jugendliche mit schweren Delikten und psychischen Erkrankungen mit hohem Therapiebedarf. Dies muss mit Nachdruck angegangen werden. *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Beat Hauser (GLP, Rafz): Ich möchte auch von Seiten der GLP den grössten Dank ausrichten für den ausführlichen Bericht, den wir gerne zur Kenntnis genommen haben. Vieles wurde schon von meinen Vorrednern gesagt. Zwei kleine Ergänzungen habe ich noch, und zwar wäre es schön, wenn man das Rechtsbewusstsein bei den Jugendlichen stärken könnte aufgrund der neuen Erkenntnisse, die jeweils aus den KGJ-Analysen (*Kommentar der Koordinationsgruppe Jugendgewalt*) hervorkommen. Was sicher auch nicht schlecht wäre, wenn die schulische Sozialarbeit nicht nur in der Volksschule, sondern auch auf den höheren Stufen wie der MBA (*Mittel- und Berufsfachschulen*) und für Jugendliche im Studium zur Verfügung stehen würde. Die GLP wird mit Dank das Postulat abschreiben. Herzlichen Dank.

Nicole Wyss (AL, Zürich): Ich verlese Ihnen das Votum meiner Kollegin Lisa Letnansky, die heute leider das Bett hüten muss:

Auch ich möchte dem Regierungsrat für den ausführlichen und aufschlussreichen Bericht danken. Jugendgewalt scheint in quasi natürlichen Zyklen zu- und wieder abzunehmen. Nachdem sie von 2009 bis 2016 zurückging, stieg sie bis 2021 wieder an und seit 2022 wieder ab, allerdings immer noch auf sehr hohem Niveau. Es ist besorgniserregend zu lesen, wie viele Jugendliche schon im schulischen Umfeld psychischer, physischer und sexualisierter Gewalt ausgesetzt sind oder sie sogar ausüben. Besonders irritierend ist der stetig wachsende Anteil delinquenter Kinder unter 13 Jahren. Mit zunehmendem Alter nimmt deren aktive Gewaltausübung jedoch zum Glück ab. Die AL beurteilt es als positiv, dass die Bildungsdirektion, die Sicherheitsdirektion und die Direktion der Justiz und des Inneren bei dieser Thematik mit der Koordinationsgruppe Jugendgewalt zusammenarbeiten. Jugendgewalt ist ein gesamtpolitisches Problem, das interdisziplinär angegangen werden muss.

Bei Jugendlichen muss dabei der Fokus auf ihrer Entwicklung und auf der Sozialisierung liegen und nicht in erster Linie auf Bestrafung. Tendenzen in die andere Richtung wie jene des Nationalrates, die Verwahrung von Jugendlichen ermöglichen zu wollen, halten wir für nicht zielführend. Gemäss Regierungsrat gelten als Risikofaktoren für Jugendkriminalität der Umgang mit delinquenten Gleichaltrigen, die Zugehörigkeit zu einer Bande von jugendlichen Straftäterinnen und Straftätern, ein geringes Mass an Selbstkontrolle und mangelnde Kontrollaufsicht der Eltern, elterliche Gewalt gegen Kinder und Wohnen in problembelastenden Quartieren. Das sind Risikofaktoren, die man durch eine geeignete Begleitung und Beratung in den Griff kriegen kann. Wir müssen daran arbeiten, eine Chancen- und Bildungsgerechtigkeit zu schaffen. Wir schreiben ab.

Daniel Wäfler (SVP, Gossau), spricht zum zweiten Mal: Ich hatte das Privileg, dass viele Ausführungen bereits in den Voten vorweggenommen wurden. So kann ich mich kurzhalten.

Ich kann nochmals unterstreichen, insbesondere hinsichtlich der Entwicklung, dass das Durchschnittsalter abnimmt. Wir sind jetzt schon beim Durchschnittsalter

von 15 Jahren, aber es gibt auch dreizehnjährige Delinquenten. Das sind besorgniserregende Entwicklungen. Ich bin froh, dass wir hier dran sind und dass wir über so einen guten Bericht verfügen.

Ergänzend möchte ich noch nachschieben, dass auch meine Fraktion, die SVP-Fraktion, für die Abschreibung dieses Postulats ist. Ich danke Ihnen.

Regierungsrätin Jacqueline Fehr: Ich möchte zuerst den Postulantinnen und Postulanten herzlich danken für die Gelegenheit, in diesem Bericht wieder einmal aktualisiert eine Übersicht wiederzugeben, mit welchen Instrumenten und Vorgehensweisen in der Jugendstrafrechtspflege gearbeitet wird. Ich freue mich natürlich, dass der Bericht bei Ihnen auf Interesse und auch auf Zustimmung gestossen ist. Ich danke Ihnen für die positive Würdigung. Ich werde sie gerne weiterleiten. Ich habe in der ersten Woche der Sportferien verschiedene Amtsstellen besucht, darunter auch drei der fünf Jugendanwaltschaften und das Massnahmenzentrum in Uitikon, um mir wieder einmal selbst ein Bild der Arbeit quasi an der Front zu machen. Ich darf Ihnen gerne sagen, dass ich erneut sehr beeindruckt von der Professionalität, der Ernsthaftigkeit und der grossen Aufmerksamkeit auf neue Phänomene war und nun von der langjährigen Erfahrung erzählen kann. Es ist wirklich beeindruckend, wie unser Jugendstrafrecht mit diesen verschiedenen Elementen von repressiven, präventiven Elementen mit Schutzmassnahmen, mit verschiedenen Therapieangeboten, mit einer starken interdisziplinären und interprofessionellen Arbeit, wie dieses Jugendstrafrecht in der Lage ist, selbst bei sehr schwierigen und für uns Laien auf den ersten Blick aussichtslosen Situationen gute Entwicklungen in Gang zu setzen, sodass die allermeisten Jugendlichen auch mit ganz schwierigen Biografien, schweren Taten, sehr schwierigen Verläufen es irgendwann schaffen, auf eigenen Beinen zu stehen und nicht mehr zu delinquirieren. Das ist eine hervorragende Leistung. Sie braucht Profis, sie braucht genügend Ressourcen, sie braucht viel Erfahrung und sie braucht auch ein Arbeiten über alle Grenzen hinweg, über Berufsgrenzen hinweg, über Amtsgrenzen hinweg, über die Grenzen der Staatsebenen hinweg. Es braucht die Zusammenarbeit mit den Eltern, mit den Schulen, mit den Sportvereinen. Es braucht wirklich ein Netz, das diese Jugendlichen auffängt und sie nicht mehr entwischen lässt.

Ein grosses Problem wurde angesprochen: Das ist die Unterbringung bei spezifische Problemstellungen. Tobias Mani hat es erwähnt. Das ist eine grosse Herausforderung. Wir haben es jüngst diskutiert im Zusammenhang mit zivilrechtlichen Unterbringungen, bei Fällen, die die KESB (*Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden*) bearbeitet. Diese Schwierigkeit stellt sich aber auch bei strafrechtlichen Fällen. Vor allem die Zunahme der psychischen Erkrankungen der Jugendlichen, die dann zu Delikten und schweren Verhaltensweisen führt, macht uns Sorgen und fordert uns heraus. Da braucht es eine schweiz- oder zumindest deutschschweiz-weite Zusammenarbeit, um hier genügend Plätze und Angebote zu entwickeln. Auch das nehmen wir an die Hand. Ich bin zuversichtlich, dass wir das ebenfalls in den Griff bekommen. Ich danke Ihnen nochmals für die positive Aufnahme und werde die wohlwollenden Worte gerne den Profis weiterleiten.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Die vorberatende Kommission schlägt die Abschreibung des Postulates vor. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt. Somit ist das Verfahren beendet.

Das Postulat ist abgeschrieben.